ÜBERSETZUNG

Geschäftsverzeichnismr. 767
Urteil Nr. 85/94 vom 1. Dezember 1994

URTEIL

In Sachen: Klage auf einstweilige Aufhebung von Artikel 68 des Gesetzes vom 30. März 1994 über soziale Bestimmungen, erhoben von R. Hendriks.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden L. De Grève und M. Melchior, und den Richtern H. Boel, P. Martens, G. De Baets, E. Cerexhe und H. Coremans, unter Assistenz des Kanzlers L. Potoms, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden L. De Grève,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der Klage*

Mit einer Klageschrift, die dem Hof mit am 26. September 1994 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 27. September 1994 in der Kanzlei eingegangen ist, wurde Klage auf einstweilige Aufhebung von Artikel 68 des Gesetzes vom 30. März 1994 über soziale Bestimmungen, veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 31. März 1994, erhoben von R. Hendriks, wohnhaft in Zaventem, Kouterlaan 67.

Mit derselben Klageschrift wurde ebenfalls Klage auf Nichtigerklärung derselben Gesetzesbestimmung erhoben.

Die Rechtssache wurde unter der Nummer 767 ins Geschäftsverzeichnis eingetragen.

II. *Verfahren*

Durch Anordnung vom 6. Oktober 1994 hat der amtierende Vorsitzende gemäß den Artikeln 58 und 59 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof die Richter der Besetzung bestimmt.

Durch Anordnung vom 6. Oktober 1994 hat der amtierende Vorsitzende festgestellt, daß der Richter K. Blanckaert gesetzmäßig verhindert ist und der Richter H. Boel ihn ersetzt.

Am 6. Oktober 1994 haben die referierenden Richter G. De Baets und P. Martens gemäß Artikel 72 Absatz 1 des organisierenden Gesetzes den Hof davon in Kenntnis gesetzt, daß sie dazu veranlaßt werden könnten, vorzuschlagen, ein Urteil zu verkünden, in dem die Klage auf einstweilige Aufhebung für offensichtlich unbegründet erklärt wird.

Die Schlußfolgerungen der referierenden Richter wurden dem Kläger gemäß Artikel 72 Absatz 2 des organisierenden Gesetzes mit am 7. Oktober 1994 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief notifiziert.

Der Kläger hat mit am 19. Oktober 1994 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief einen Begründungsschriftsatz eingereicht.

Das Verfahren wurde gemäß den Artikeln 62 ff. des organisierenden Gesetzes, die sich auf den Sprachengebrauch vor dem Hof beziehen, geführt.

III. Die angefochtene Bestimmung

Artikel 68, der die letzte Bestimmung von Kapitel III (« Allgemeine Maßnahmen ») des Titels VIII « Pensionen » des Gesetzes vom 30. März 1994 bildet, bestimmt folgendes:

« Die gesetzlichen Alters-, Ruhe-, Anciennitäts- und Hinterbliebenenpensionen oder jede andere entsprechende Leistung sowie jede als Zusatz zu einer - auch nicht erworbenen - Pension geltende Leistung, die entweder in Anwendung von gesetzlichen, verordnungsmäßigen oder statutarischen Bestimmungen oder in Anwendung von Bestimmungen, die sich aus einem Arbeitsvertrag, einer Betriebsordnung oder einem Kollektivvertrag auf Betriebs- oder Sektorebene ergeben, gewährt werden, unterliegen einer Einbehaltung, die von dem monatlichen Gesamtbruttobetrag der verschiedenen im Vorstehenden definierten Pensionen und anderen Leistungen abhängt, sowie davon, ob der Bezugsberechtigte dieser Pensionen und anderen Leistungen alleinstehend ist oder Familienunterhaltsverpflichtungen hat.

Die in Absatz 1 vorgesehene Einbehaltung, die der ab dem 1. Januar 1995 auf die ab diesem Datum gewährten Pensionen und anderen Leistungen erhoben wird, wird anhand folgender Tabelle berechnet:

Alleinstehender Bezugsberechtigter		Bezugsberechtigter mit Familienunterhalts- verpflichtungen	
P = Montalicher Bruttogesamtbetrag der Pensionen und anderen Leistungen zwischen:	Höhe der Einbehaltung	P = Montalicher Bruttogesamtbetrag der Pensionen und anderen Leistungen zwischen:	Höhe der Einbehaltung
1 und 40.000	0	1 und 50.000	0
40.001 und 40.403	$(P - 40.000) \times 50\%$	50.001 und 50.504	$(P - 50.000) \times 50\%$
40.404 und 50.000	$P \times 0,005$	50.505 und 60.000	$P \times 0,005$
50.001 und 50.510	$250 + (P - 50.000) \times 50\%$	60.001 und 60.610	$300 + (P - 60.000) \times 50\%$
50.511 und 60.000	$P \times 0,01$	60.611 und 70.000	$P \times 0,01$
60.001 und 60.618	$600 + (P - 60.000) \times 50\%$	70.001 und 70.720	$700 + (P - 70.000) \times 50\%$
60.619 und 70.000	$P \times 0,015$	70.721 und 80.000	$P \times 0,015$
70.001 und 70.728	$1050 + (P - 70.000) \times 50\%$	80.001 und 80.832	$1200 + (P - 80.000) \times 50\%$
über 70.728	$P \times 0,02$	über 80.832	$P \times 0,02$

Die in dieser Tabelle angeführten Beträge sind an die Mittelindexzahl 114,89 gebunden und werden gleichermaßen angepaßt wie die Pensionen, je nachdem, ob die Indexierung dieser Gelder gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 2. August 1971 zur Einrichtung eines Systems zur Bindung der Gehälter, Löhne, Pensionen, Zulagen und Subventionen zu Lasten der Staatskasse, verschiedener Sozialleistungen, der Entlohnungsgrenzbeträge, die bei der Berechnung bestimmter Beiträge zur Sozialversicherung der Arbeiter zu berücksichtigen sind, sowie der im Sozialbereich den Selbständigen auferlegten Pflichten an die Indexzahl der Verbraucherpreise oder gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. März 1977 zur Einrichtung eines Systems zur Bindung verschiedener Auslagen im öffentlichen Sektor an die Indexzahl der Verbraucherpreise des Königreiches durchgeführt wird. Wenn für den gleichen Bezugsberechtigten die Indexierung gewisser seiner Pensionen gemäß den Bestimmungen des vorgenannten Gesetzes vom 2. August 1971 durchgeführt wird, wohingegen die Indexierung seiner anderen Pensionen gemäß den Bestimmungen des vorgenannten Gesetzes vom 1. März 1977 durchgeführt wird, darf die Indexierung der in der Tabelle angeführten Beträge nicht dazu führen, die Stufe, der der Gesamtbetrag der Pensionen zuzurechnen ist, zu verändern.

Die Einbehaltung wird bei jeder Zahlung der in Absatz 1 genannten Pensionen oder anderen Leistungen durch den zivilrechtlich haftbaren Schuldner getätigt.

Artikel 52^o des Einkommensteuergesetzbuches 1992 ist anwendbar auf die kraft des vorliegenden Artikels getätigten Einbehaltungen.

Der König bestimmt, was im Sinne des vorliegenden Artikels unter einem alleinstehenden Bezugsberechtigten

und einem Bezugsberechtigten, der Familienunterhaltsverpflichtungen hat, zu verstehen ist.

Der König bestimmt ebenfalls die näheren Vorschriften, nach denen die Einbehaltung von der vorgenannten Pension oder Leistung zu tätigen ist.»

IV. In rechtlicher Beziehung

Hinsichtlich der Zulässigkeit der Schlußfolgerungen der referierenden Richter

1.1. Die klagende Partei vertritt in ihrem Begründungsschriftsatz die Auffassung, daß der Hof sich nicht auf Artikel 72 Absatz 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof beziehen könne, um die Zuständigkeit zu begründen, die Überprüfung einer Klage auf einstweilige Aufhebung durch ein Urteil abzuschließen, in dem die Klage auf einstweilige Aufhebung für offensichtlich unbegründet erklärt wird, da in dieser Bestimmung ausschließlich die Rede von der « Klage auf Nichtigkeitsklärung » und der « präjudiziellen Frage » sei.

1.2. Durch das in den Artikeln 69 bis 73 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof vorgesehene Vorverfahren zielte der Sondergesetzgeber darauf ab, eine schnellere Bearbeitung jener Rechtssachen zu ermöglichen, die entweder offensichtlich unzulässig sind oder offensichtlich nicht in den Zuständigkeitsbereich des Hofes fallen, oder aber offensichtlich unbegründet sind. In diesen Bestimmungen wird zwar nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren auf die Klagen auf einstweilige Aufhebung anwendbar ist, aber sie sind in Verbindung mit Artikel 23 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 zu betrachten. Gemäß diesem Artikel entscheidet der Hof unverzüglich über die Klage auf einstweilige Aufhebung - die ein Akzessorium der Nichtigkeitsklage darstellt - in einem mit Gründen versehenen Urteil, jedoch unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 70 bis 73 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989. Daraus ergibt sich somit, daß der Hof zuständig ist, in Anwendung von Artikel 72 Absatz 3 ohne weitere Verfahrenshandlung die Überprüfung einer Klage auf einstweilige Aufhebung durch ein Urteil abzuschließen, in dem die Klage auf einstweilige Aufhebung für offensichtlich unbegründet erklärt wird.

Hinsichtlich der angeblichen Verletzungen des Gesetzes vom 11. April 1994

2. Im Gegensatz zu der Aussage der klagenden Partei unterliegt das Verfahren vor dem Hof nicht dem Gesetz vom 11. April 1994 über die Öffentlichkeit der Verwaltung. Das Verfahren vor dem Hof wird durch das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof geregelt. Die Beschwerdegründe entbehren der rechtlichen Grundlage.

Hinsichtlich der angeblichen Verletzung der Rechte der Verteidigung

3.1. Die klagende Partei erklärt, daß gegen ihr Recht der Verteidigung verstoßen werde, da sie nicht vom Bericht der referierenden Richter in Kenntnis gesetzt worden sei.

3.2. Aus den Vorarbeiten zu dem Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 633/4, S. 36-37) geht hervor, daß die Schlußfolgerungen der referierenden Richter ausschließlich dazu dienen, den Kläger von einem Problem der offensichtlichen Unzulässigkeit, Unzuständigkeit oder Unbegründetheit in Kenntnis zu setzen. Diese Mitteilung zielt eben darauf ab, die Rechte der Verteidigung des Klägers zu gewährleisten, indem ihm die Möglichkeit geboten wird, sich bezüglich des aufgeworfenen Problems zu rechtfertigen.

3.3. Bei dem in Artikel 72 Absatz 1 genannten Bericht handelt es sich nur um die mündliche Erläuterung der Schlußfolgerungen der referierenden Richter. Diese Schlußfolgerungen und die diesbezüglichen Beweggründe wurden der klagenden Partei gemäß Artikel 72 Absatz 2 übermittelt, so daß sie die Möglichkeit hatte - und diese auch effektiv genutzt hat -, ihre Mittel gegen den Vorschlag der referierenden Richter, das Verfahren bezüglich der Klage auf einstweilige Aufhebung durch ein Urteil abzuschließen, in dem die Klage auf einstweilige Aufhebung für offensichtlich unbegründet erklärt wird, vorzubringen. Der Beschwerdegrund entbehrt somit der faktischen Grundlage.

Hinsichtlich des schwerlich wiedergutzumachenden, ernsthaften Nachteils

4. Laut Artikel 20 1° des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof sind zwei Grundbedingungen zu erfüllen, damit auf einstweilige Aufhebung erkannt werden kann:

- Die vorgebrachten Klagegründe müssen ernsthaft sein.

- Die unmittelbare Durchführung der angefochtenen Maßnahme muß die Gefahr eines schwerlich wiedergutzumachenden, ernsthaften Nachteils in sich bergen.

Da die beiden Bedingungen kumulativ sind, führt die Feststellung der Nichterfüllung einer dieser Bedingungen zur Zurückweisung der Klage auf einstweilige Aufhebung.

5. Weder in ihrer Klageschrift, noch in ihrem Begründungsschriftsatz erbringt die klagende Partei den Beweis, daß der Nachteil, der ihr durch die ab dem 1. Januar 1995 auf den Betrag ihrer Pension getätigte Einbehaltung zugefügt werden soll, im Sinne von Artikel 20 1° des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 als schwerlich wiedergutzumachend und ernsthaft zu betrachten ist.

Der finanzielle Nachteil, der aus der unmittelbaren Durchführung der angefochtenen Rechtsnorm entsteht, ist im Fall einer Nichtigerklärung dieser Vorschrift vollständig wiedergutzumachen, so daß eine der Bedingungen nach Artikel 20 1° des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 nicht erfüllt ist.

6. Da die Gefahr eines schwerlich wiedergutzumachenden Nachteils nicht erwiesen ist, ist die zweite Bedingung, der zufolge ernsthafte Klagegründe vorgebracht werden müssen, nicht zu überprüfen.

7. Die Klage auf einstweilige Aufhebung ist daher offensichtlich unbegründet, so daß ihre Überprüfung ohne weitere Verfahrenshandlung beendet werden kann.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

weist die Klage auf einstweilige Aufhebung zurück.

Verkündet in niederländischer und französischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 1. Dezember 1994.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) L. Potoms

(gez.) L. De Grève